

en2x zur Fortschreibung der nationalen Wasserstoffstrategie

Wasserstoffnetz schnell ausbauen

Anfang 2023 soll die nationale Wasserstoffstrategie ein Update erfahren. Ein aktueller Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium sieht unter anderem vor, bis zum Jahr 2030 hierzulande eine Verdopplung der Elektrolyseleistung auf zehn Gigawatt (GW) zu erreichen. Der en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie begrüßt die Pläne, drängt jedoch auf mehr Tempo beim Ausbau des Wasserstoffnetzes und konkretere Maßnahmen zum Markthochlauf. Dies betrifft insbesondere auch die Frage des Strombezugs.

„Die Herstellung und Nutzung von treibhausgasneutralem Wasserstoff und seinen Folgeprodukten ist eine wichtige Säule der Energiewende. Auch für die Transformation der Raffinerien in Deutschland ist Wasserstoff ein entscheidender Schlüssel. Umso wichtiger sind politische Rahmenbedingungen, die diesen Wandel vorantreiben. Der aktuelle Entwurf für die Neufassung der nationalen Wasserstoffstrategie bietet gute Ansätze“, so en2x-Hauptgeschäftsführer Adrian Willig.

„Klimapolitisch und ökonomisch ist es jedoch notwendig, beim geplanten Netzausbau noch stärker aufs Tempo zu drücken. Hier brauchen wir einfach Verlässlichkeit: Es muss für die Industrie einschließlich Raffinerien verbindlich klar sein, wann ein Anschluss an ein Wasserstoff-Netz erfolgen wird. Und zwar in ganz Deutschland – auch im Süden der Republik“, fordert Willig. „Wie schnell ein Ausbau der Infrastruktur auch hierzulande möglich ist, zeigen gerade die neuen LNG-Terminals an der Küste.“

Ein Ausbau der Infrastruktur müsse auch künftige Importe von Wasserstoff und Wasserstoff-Derivaten berücksichtigen. „Es ist positiv, dass das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Entwurf die Notwendigkeit dieser Importe betont. Auch das muss in der Praxis durch Schaffung der Infrastrukturen und klaren Regeln für die Erzeugung von Nachfrage unterlegt werden. Insgesamt sollte die nationale Wasserstoffstrategie daher im Hinblick auf den notwendigen Markthochlauf treibhausgasneutralen Wasserstoffs nicht nur ehrgeiziger, sondern vor allem auch konkreter werden.“

Eine bleibende Baustelle sei dabei das Thema Strombezug: In Deutschland betriebene Elektrolyseure benötigen erneuerbaren Strom, um grünen Wasserstoff produzieren zu können. Willig: „Hier braucht es schnell verlässliche und pragmatische Lösungen, um Investitionen in Anlagen zur Elektrolyse auszulösen. Die strikten Anforderungen an die Wasserstoffproduktion, die derzeit im Rahmen der noch zu finalisierenden delegierten Rechtsakte der EU diskutiert werden, sind nicht mit dem Zeitplan und den angestrebten Zielen vereinbar. Möchte man diese Ziele wirklich erreichen, muss man auf Kompromisse und pragmatische Ansätze für die ersten Anlagen setzen.“